

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/60

27. März 1972

Das NVA-"Feindbild" stimmt nicht mehr

Kalte-Kriegs-Klischees verlieren ihren Wert
Seite 1 und 2 / 74 Zeilen

Deutsche Unternehmen bleiben wie bisher
exportfähig (I. Teil)

Steuerreform und Steuerbelastung

Von Konrad Porzner MdB
Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und stellv.
Vorsitzender des Finanzausschusses des Bundes-
tages

Seite 3 und 4 / 62 Zeilen

Die Alten nicht im Stich lassen!

Der neue "Seniorenplan" der bayerischen SPD

Von Bertold Kamm MdL
Stellv. Vorsitzender für Sozialpolitik der
SPD in Bayern

Seite 5 und 6 / 59 Zeilen

Sinnvolle Energiesicherung oder Riesenfehl-
investition?

Am Niederrhein wird ein Schnellbrüter-Kern-
kraftwerk gebaut

Von Gerhard Flämig MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 7 und 8 / 58 Zeilen

Das NVA-"Feindbild" stimmt nicht mehr

Kalte-Kriegs-Klischees verlieren ihren Wert

Seit es im anderen Teil Deutschlands eine Militärmacht unter der Bezeichnung "Nationale Volksarmee" gibt, ist deren Führung mit dem permanenten Problem konfrontiert, den Soldaten plausibel zu machen, daß auf der westlichen Seite der Stacheldrahtgrenze quer durch Deutschland Feinde leben.

Diese Feindthese kann einem NVA-Rekruten aus Mecklenburg oder Sachsen schwerlich einleuchten. Wenn er an der Zonengrenze oder an der Mauer in Berlin Wache steht, dann sieht er auf der anderen Seite friedlich arbeitende oder Flanierende und autofahrende Bürger. Soldaten sieht er nicht.

Von zuhause bekommt er in Briefen mitgeteilt, wie es seinem Onkel oder Cousin oder gar seinem geflüchteten Bruder geht, der auf der Seite lebt, die er für feindliches Gebiet halten soll, von dem aus Gefahr für die sozialistischen Errungenschaften droht, von denen er möglicherweise selbst nicht sehr viel hält.

Deshalb nimmt es nicht wunder, wenn die Soldaten in ihren Instruktionsstunden, die sie "Rotlichtbestrahlung" getauft haben, immer wieder fragen, ob sie im Ernstfall auf Soldaten der Bundeswehr schießen müßten, obwohl es doch leicht der Fall sein könnte, daß sie auf den eigenen Bruder oder auf andere Verwandte schießen. Die Politoffiziere, die es nach sowjetischem Vorbild in der "Nationalen Volksarmee" gibt, antworten darauf ohne Zögern mit ja. Sie wissen aber, daß dies viele Soldaten nicht überzeugt. Der stellv. DDR-Verteidigungsminister, Admiral Verner, fand denn auch die Ursache für diesen Mißerfolg der Schulung, als er zutreffend feststellte, die NVA-Soldaten wüßten eben, daß in der Bundeswehr-Uniform Deutsche steckten, die auch deutsch sprächen. Trotzdem oder gerade deswegen wurde die SED-Schulung niemals müde, ein Feindbild zu entwerfen und es den Soldaten einzuhammern.

Die Zweifel der Soldaten, daß auf der westlichen Seite des Stacheldrahtes gefährliche imperialistische Militaristen sitzen,

wurden aber in dem Maße stärker, in dem die DDR-Regierung mit den verantwortlichen Politikern der Bundesrepublik über eine Entspannung zwischen Ost und West verhandelten. Die Frage liegt nahe: Warum soll man gegen die Bundesrepublik wachsam sein, wenn deren Regierungsmitglieder in Ost-Berlin zum Aushandeln von Verträgen empfangen werden? Abkommen, die die Mauer durchlässiger machen und den Westberlinern den Besuch im Ostteil der Stadt und in der DDR ermöglichen und Vereinbarungen, die es den Menschen in beiden Teilen Deutschlands gestatten, schneller miteinander zu telefonieren, passen ebenso wenig in das von der SED-Schulung entworfene Feindbild, wie der zwischen der Bundesrepublik und den DDR-Bundesgenossen Sowjetunion und Polen ausgehandelten Verträgen, in dem beide Seiten auf Anwendung von Gewalt verzichten.

Der stellv. Leiter der politischen Hauptverwaltung des DDR-Verkehrsministeriums, Generalmajor Ernst Hampf, hat sich mit diesem Zwiespalt in einer internen Publikation seines Ministeriums beschäftigt. Er meint, für manche NVA-Soldaten sei es gar nicht einfach, den Zusammenhang zwischen Verhandlungen und Vertragsabschlüssen und der Erhöhung der Kampf- und Gefechtsbereitschaft zu verstehen. Die These von der angeblich wachsenden Aggressivität des westdeutschen Imperialismus werde häufig in Zweifel gezogen. Die Sorge des Politruks lautet, wenn die Soldaten glaubten, die von der eigenen kommunistischen Regierung propagierte friedliche Koexistenz bedeute ein Zurückstecken von beiden Seiten, dann verweise sich das Bewußtsein von der Notwendigkeit der - wie General Ernst Hampf es formuliert - Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes.

Die "Nationale Volksarmee" in der DDR wäre gut beraten, wenn sie darüber nachdächte, daß ein klischeehaftes Feindbild in einem entspannten Mitteleuropa keinen Platz mehr hat. (bw/va/27.3.1972/f)

+ + +

Deutsche Unternehmen bleiben wie bisher exportfähig

Steuerreform und Steuerbelastung (I. Teil)

Von Konrad Porzner MdB

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und stellv.
Vorsitzender des Finanzausschusses des Bundestages

Seitdem die Bundesregierung die Eckwerte und Grundsätze zur Steuerreform beschlossen hatte, nimmt die Kritik der CDU/CSU und aus Unternehmerverbänden daran immer mehr zu. Mit Berechnungsbeispielen, die auf besonders ungünstigen Annahmen beruhen und deswegen das Bild verzerren und verfälschen, werden hohe Steuerbelastungen für Unternehmungen konstruiert, worauf dann die Behauptung gestützt wird, die Reform gefährde die internationale Wettbewerbslage der deutschen Wirtschaft, schwäche die Investitionsfähigkeit der Unternehmen ein und gefährde die Arbeitsplätze.

Solche Drohungen sind nicht neu. Noch nie hat es in unserem Land einen sozialen Fortschritt gegeben, ohne daß Unternehmerverbände und CDU/CSU mit dem Zusammenbruch der Wirtschaft gedroht hätten. Das jüngste Beispiel dafür war die Kampagne gegen die Lohnfortzahlung der Arbeiter. Es ist keine Überraschung, daß gegen die Steuerpolitik der Bundesregierung mit den gleichen Methoden gekämpft wird.

Wenn auch volkswirtschaftliche Durchschnittszahlen nur einen begrenzten Aussagewert über die Steuerbelastung einzelner Personen und Unternehmen haben, können sie doch Hinweise für einen Vergleich mit dem Ausland geben. Weil knapp zwei Drittel unserer Ausfuhr in Staaten der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Freihandelszone gehen und mit diesen Staaten die engsten wirtschaftlichen Beziehungen bestehen, mag ein Vergleich mit ihnen genügen.

In der Bundesrepublik beträgt der Anteil der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge am Bruttosozialprodukt 33,1 vH. Es folgen Belgien mit 33,4 vH., Luxemburg 34,8 vH., Italien 35,4 vH., die Niederlande 37,2 vH. und Frankreich mit 38,4 vH.

Auch bei den Staaten, die am 1. Januar 1973 in die Europäische Gemeinschaft eintreten werden, ist die entsprechende

Belastungsquote höher als bei uns: Dänemark 35,4 vH, Norwegen 37,4 vH und Großbritannien 37,9 vH. Von den Staaten, die aus außenpolitischen Gründen der Europäischen Gemeinschaft nicht beitreten werden, die jedoch enge wirtschaftliche Beziehungen zur Gemeinschaft haben, liegen Österreich mit 34,6 vH, und Schweden mit 39,9 vH, höher als die Bundesrepublik. Lediglich die Schweiz weicht mit einer Belastungsquote von 23,1 vH, weit vom europäischen Durchschnitt ab.

In der Diskussion um die Steuerreform sollte auch nicht unterschlagen werden, daß die Unternehmen durch Steuern nicht allein negativ beeinflusst, sondern daß deren Chancen ebenso positiv bestimmt werden durch die Verbesserung der Infrastruktur unseres Landes, die mit Steuern bezahlt wird. Gerade in einer hochentwickelten Industriegesellschaft hängt die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft immer mehr ab von der Verbesserung des Transportsystems, der Bildungseinrichtungen und der Gesundheitsvorsorge, von wissenschaftlicher Forschung und anderen Leistungen, die nur von der öffentlichen Hand erbracht werden können.

Der Steuerlast stehen also öffentliche Leistungen gegenüber, die den Unternehmen mittelbar zugute kommen, auch wenn sie nicht unmittelbar aus den Bilanzen abgelesen werden können.

Durch die Steuerreformvorschläge der Bundesregierung - einschließlich der inzwischen geänderten Verbrauchsteuern - erhöht sich die volkswirtschaftliche Steuerquote effektiv nur um 0,4 vH., so daß die Bundesrepublik unter den zehn Staaten der Europäischen Gemeinschaft neben Belgien das Land mit der zweitniedrigsten Steuerquote bleibt. Die Wirtschaft der Bundesrepublik wird also weder durch die derzeitigen Steuern gegenüber anderen Ländern unangemessen belastet noch wird ihre internationale Wettbewerbsposition durch die Steuerreform beeinträchtigt. Die deutschen Unternehmen werden auf den ausländischen Märkten genauso leistungsfähig bleiben wie bisher.

(-/ja/27.3.1972/ks)

(II. Teil erfolgt am 28. März 1972)

Die Alten nicht im Stich lassen!

Der neue "Seniorenplan" der bayerischen SPD

Von Berthold Kamm MdL

Stellv. Vorsitzender für Sozialpolitik der SPD in Bayern

In einer 32-seitigen Broschüre hat die SPD-Landtagsfraktion in Bayern eine Erläuterung und Kommentierung ihres bereits am 23. Juli 1971 eingereichten Antrages auf Schaffung eines "Seniorenplanes" herausgegeben. Erstmals ist in diesem Fraktionsantrag eine umfassende Konzeption von Hilfen für alte Bürger in einem Landesparlament vorgelegt worden. In die Lücke der Zuständigkeit des Bundes und der Gemeinden sollen die Maßnahmen eines Bundeslandes sich sinnvoll einpassen.

Unter Hinweis auf den Sozialbericht der Vereinten Nationen, der die Altersfragen zu den ungelösten Problemen der westlichen Industriestaaten zählt, erkennen Bayerns Sozialdemokraten eine Reihe von Problemerkissen, die zur Lösung anstehen:

Die Wiederherstellung der Gesundheit, den Bau altersgemäßer Wohnungen, die Einrichtung umfassender Pflegedienste, die Schaffung ausreichender Pflegeeinrichtungen, Möglichkeiten altersgerechter Beschäftigungen, die Überwindung falscher Gefühle gegenüber dem Altern und dem Alter, die Schaffung von Altenbegegnungsstätten, Modellmaßnahmen der verschiedenen Art sowie die Einrichtung von Forschungsstätten und viele andere Maßnahmen.

Der "Seniorenplan" der SPD in Bayern versucht, eine Reihe neuer Wege einzuschlagen. Die alten Bürger sollen nicht das Gefühl bekommen, im Stich gelassen zu werden. Die vorhandene Benachteiligung der Senioren muß mit einer Reihe von Maßnahmen so ausgeglichen werden, daß die Senioren die Chancen behalten, im gesellschaftlichen Leben integriert zu bleiben. Die Wahl des Wortes "Seniorenplan" soll diese moderne Konzeption nachhaltig unterstreichen. Im Jahre 1900 waren von 100 Bürgern nur drei über 65 Jahre alt. Heute sind es bereits 13 von 100! Diese Zahl wird weiter ansteigen.

Die Forderungen der bayerischen Sozialdemokraten sind wissenschaftlich fundiert. In der Darstellung wird auf die erschreckenden Ergebnisse von Untersuchungen des Sozialinstituts der Universität Köln (Prof. Dr. Blume), des Städtebauinstitutes in Nürnberg (Prof. Dr. Dittrich) und weitere interessante Darstellungen ver-

wiesen. Beispielsweise sind die Mitteilungen über die zunehmende Zahl von pflegebedürftigen alten Bürgern ein echtes Warnsignal. Bereits heute muß alles getan werden, um hier keine katastrophale Lage entstehen zu lassen.

Bereits kurze Zeit nach Veröffentlichung des "Seniorenplanes" kann die SPD auf eine Reihe von aner kennenden Stellungnahmen hinweisen. Der DGB Bayerns kommt in seiner Stellungnahme zu dem Schluß, daß "der Seniorenplan die Probleme und Ziele der Altenhilfe erkennt und praktische Lösungsmöglichkeiten anbietet". Bezüglich der Finanzierungsvorschläge wird der Plan als realistisch bezeichnet. In Kreisen des Kuratoriums "Deutsche Altershilfe" wurde dieser Schritt der SPD in Bayern mit großem Wohlwollen aufgenommen.

Der Antrag hat folgende Schwerpunkte:

- 1/ Förderung von jährlich mindestens 4.000 Plätzen in Alten- und Pflegeheimen, von Altenwohneinheiten und Altenteilwohnungen mit mindestens 50 vH. der Bau- und Einrichtungskosten bis zur Höhe von 45.000 DM je Platz;
- 2/ Zuschüsse für Seniorenreisen und Altenerholungsmaßnahmen in Höhe von einer Million DM jährlich;
- 3/ Mittel für verschiedene Arten von Seniorenbegegnungsstätten (Altenclubs, Altengemeinschaften usw.) in Höhe von einer Million DM jährlich;
- 4/ Errichtung je einer Modell-Seniorenberatungsstelle in jedem Regierungsbezirk; und
- 5/ Errichtung je einer Sondereinrichtung in jedem Regierungsbezirk für desorientierte alte Bürger.

Besonderen Wert legt der Antrag außerdem auf die Forschung und den Ausbau der Altenpflege sowie die Altenbildung.

SPD-Landesvorsitzender Volkmar Gabert hat bei der Veröffentlichung des Planes darauf hingewiesen, daß die "zahlreichen Vorstöße der Sozialdemokraten das Bild des alten Bürgers in der Öffentlichkeit wesentlich verändert haben". Der Abbau vieler Vorurteile gegenüber den Senioren sei ein Verdienst der Sozialdemokraten in Bund, Ländern und Gemeinden.

Die zunehmende Lebenserwartung und das Anwachsen der Zahl der Senioren in unserer Zeit stellt die Politiker vor neue Aufgaben. Die Senioren müssen vor Gefährdungen geschützt werden. Es muß ihnen jede mögliche Hilfe zur selbständigen Lebensführung gegeben werden, damit sie jede Chance für das Verbundensein mit der Gemeinschaft nutzen können. Die Rechte aller Senioren müssen gewahrt bleiben.

(-/va/27.3.1972/fu/xs)

* * *

Sinnvolle Energiesicherung oder Riesenfehlinvestition?

Am Niederrhein wird ein Schnellbrüter-Kernkraftwerk gebaut

Von Gerhard Flämig MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Von der Öffentlichkeit kaum bemerkt ist in diesen Tagen in Mol/Belgien die Entscheidung für ein 1,65 Milliarden-Projekt gefallen: Die Regierungen der Bundesrepublik, der Niederlande und Belgiens übergaben die Bewilligungsbescheide für den Bau eines gemeinsamen Schnellbrüter-Kernkraftwerks an die Konsortialpartner INTERATOM, BELGONUCLEAIRE und NERATOOM. Damit ist nicht nur das Startsignal für das 300-Megawatt-Atomkraftwerk bei Kalkar am Niederrhein gefallen. Damit ist auch endgültig entschieden, daß dieser "Schnellbrüter" mit flüssigem Natrium-Metall und nicht mit Dampf gekühlt wird. In der Fachpresse hatte diese Frage lange Zeit Staub aufgewirbelt.

Fast zwölf Jahre dauerten die wissenschaftlichen, technischen und organisatorischen Vorbereitungen im Kernforschungszentrum Karlsruhe und in den beteiligten Firmen, bis endlich anläßlich des "Statusberichts Schneller Brüter" in Mol die Geburt dieses Riesenprojekts verkündet werden konnte.

Der künftige Bauherr, die Kernkraftwerk Kalkar GmbH., begründet die Notwendigkeit einer neuen Atomkraftwerksgeneration so: "Großkraftwerke mit Kernreaktoren als Energiequelle werden heute in vielen Ländern der Erde gebaut. Die Brennstoffkosten dieser Kraftwerke sind abhängig vom jeweiligen Marktpreis für das eingekaufte aufbereitete Uranerz. Entsprechend der wachsenden Anzahl wassergekühlter Reaktoren wird in kommenden Jahrzehnten die Nachfrage nach Uran steigen. Dieser Nachfrage steht jedoch nur ein begrenztes Angebot gegenüber. Durch den Brutprozeß nutzen Kernkraftwerke mit schnellen Neutronen in ihren Reaktoren das Uran wesentlich besser aus, da sie das in Wasserreaktoren nicht verwendbare abgereicherte Uran in Kernbrennstoff umwandeln. Deswegen ist mit einem wachsenden Bedarf von Kernkraftwerken dieses Typs zu rechnen".

Die Kosten dieses Prototyp-Kraftwerks werden zu 70 vH. von der Bundesrepublik und zu je 15 vH. von den Niederlanden und Belgien

getragen. Es handelt sich dabei um den dritten "Schnellbrüter" dieser Größenordnung in Westeuropa, weil ähnliche Typen in Großbritannien und in Frankreich schon im Bau sind. Die Frage, warum ein dritter 300-Megawatt-Schnellbrüter notwendig sei, hatte vor allem bei den Beratungen im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft eine große Rolle gespielt. Es war der Bundesregierung und den Industrievertretern gelungen, klar zu machen, daß die deutsche, niederländische und belgische Wirtschaft es sich nicht leisten könnten, gegenüber der amerikanischen, britischen und französischen Konkurrenz auf dem künftigen Weltmarkt für Kernkraftwerke der zweiten Generation ins Hintertreffen zu geraten.

Eine andere Frage ist es allerdings, ob im Zeitalter der zusammenwachsenden Europäischen Gemeinschaft wirklich das deutsch-niederländisch-belgische Konsortium sowie Frankreich und Großbritannien weiterhin nebeneinanderher entwickeln und erproben sollen. Auch dazu wurde auf dem "Statusbereich Schneller Brüter" in Mol eine wichtige Aussage gemacht: Es finden bereits Verhandlungen statt, um die britische "The Nuclear Power Group, TNPG" als Konsortialpartner der Schnellbrüter-Kernkraftwerksgesellschaft aufzunehmen.

Die grossen Elektrizitätsversorgungsunternehmen RWE (Bundesrepublik) EDF (Frankreich) und ENEL (Italien) haben bereits beschlossen, je ein 1.000-Megawatt-Prototyp-Schnellbrüter-Kernkraftwerk in Frankreich und in der Bundesrepublik zu errichten. In Großbritannien wird der Bau eines 1.300-Megawatt-Schnellbrüters vorbereitet. Am Horizont zeichnet sich ab, daß Ende der siebziger Jahre vom Europa der Zehn ein gemeinsames 2.000-Megawatt-Schnellbrüter-Kernkraftwerk gebaut wird. Nur so wäre nämlich gewährleistet, daß der gegenüber den USA in letzter Zeit gewonnene Vorsprung auf dem Gebiet der Schnellbrüter-Entwicklung gehalten werden kann.

Natürlich ist das noch Zukunftsmusik. Selbstverständlich müssen die Prototypen in Großbritannien, Frankreich und nun auch in Kalkar erst den Beweis technischer Reife und zudem die geplanten größeren Schnellbrüter den Beweis der Wirtschaftlichkeit erbringen. Es gibt selbst in der Fachwelt noch erhebliche Zweifel und Vorbehalte. Die Befürworter des Projekts sagen, der Beweis sei nur durch die Praxis zu erbringen. Ihre Meinung hat sich durchgesetzt. Die Steuerzahler in der Bundesrepublik wird das jetzt eingeleitete Experiment mehr als eine Milliarde DM kosten.

Ist dies der Preis für die Sicherung der Energieversorgung in den letzten beiden Jahrzehnten unseres Jahrhunderts? Oder wird es die größte Fehikalkulation der Energiewirtschaft? In Kalkar wird man versuchen, der Antwort näher zu kommen. Mit der Grundsteinlegung des Schnellbrüter-Kernkraftwerks wird noch in diesem Jahr gerechnet.

(-/va/27.3.1972/ks)